

Inhaltsverzeichnis

Seite

Geleitwort	5
Vorwort	6
Informationen zu RSM Ebner Stolz / BDI	8
Autorenverzeichnis	9
Literaturverzeichnis	37
Abkürzungsverzeichnis	47
Erster Teil: Bewertung aus der Sicht der Wirtschaft	63
A. Wachstumschancengesetz	65
I. Gesetzgebungsverfahren	65
II. Überblick über die vorgesehenen Maßnahmen und Bewertung durch den BDI	66
1. Investitionsprämie	66
2. Forschungszulage	67
3. Verlustverrechnung	68
4. Zinsschranke	69
a) Reform der Verschonungsregelungen	69
b) Bildung von Zinsvorträgen	71
c) Restriktionen bei der Nutzung von Zinsvorträgen	71
d) Untergang von Zins- und EBITDA-Vorträgen	72
5. Zinshöhenschranke	72
6. Innerstaatliche Mitteilungspflicht von Steuergestaltungen	73
7. Thesaurierungsbegünstigung	74
8. Anpassungen an das Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	75
9. Lohnsteuerliche Anpassungen	76
a) Bereits verabschiedete Regelungen	76
b) Im Vermittlungsverfahren zu klärende Regelungen	77
B. Zukunftsfinanzierungsgesetz	80
I. Übersicht und gesetzgeberische Intention	80
II. Die Neuregelungen im Einzelnen	81
1. Höhe des Freibetrages und Zusätzlichkeit	81
2. Anpassungen an der Sondervorschrift für Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bei Vermögensbeteiligungen für KMU	81
III. Bewertung aus der Sicht der Wirtschaft	82

C. Einführung der eRechnungspflicht als Basis für ein elektronisches Meldesystem	82
I. Hintergrund	82
1. Der Vorschlag der Europäischen Kommission	82
2. Das Projekt im Koalitionsvertrag	83
II. Das Diskussionspapier zur Einführung der eRechnung – Ausrichtung am EU-System	83
1. Erste Grundzüge einer elektronischen Rechnungspflicht.	83
2. Forderungen der gewerblichen Wirtschaft	84
a) Berücksichtigung der noch ausstehenden Weiterentwicklung der EN 16931	84
b) Bestandsschutz für bestehende Abrechnungssysteme	84
c) Erleichterungen für kleine Unternehmen	84
d) Frühzeitige Entwicklung der Vorgaben für das Meldesystem	85
III. Das Gesetz zur eRechnung – Bestandschutz für bestehende elektronische Lösungen	85
1. Wachstumschancengesetz	85
2. Wichtige Ergänzungen während der parlamentarischen Beratungen	85
3. Umfassender Bestandsschutz für EDI.	86
4. Verschiebung der Ausstellungspflicht um ein Jahr.	86
IV. Fragestellungen für ein BMF-Schreiben zur Einführung der eRechnung.	86
1. Rechnungspflichtangaben in begleitenden Dokumenten	86
2. Verträge und Dauerrechnungen	87
3. Keine Gefährdung des Vorsteuerabzugs.	87
V. Fazit und Ausblick auf das kommende Meldesystem	87
D. Die effektive globale Mindeststeuer	88
I. Historie	88
II. Zielsetzung der Mindeststeuer	89
III. Die Mindeststeuervorschriften und ihre Mängel im Überblick	91
1. Anwendungsbereich	91
2. Effektiver Mindeststeuersatz und Bemessungsgrundlage.	91
3. Einfluss der Mindeststeuer auf Investitionsentscheidungen	92
4. Substanzbasierter Freibetrag und Wesentlichkeitsgrenze	92
5. Koexistenz mit US-Mindeststeuersystem	93
IV. GloBE-Regeln im Einzelnen	94
1. Primärergänzungssteuer- und Sekundärergänzungssteuerregelung	94
2. Nationale Ergänzungssteuerregelung	94
3. Subject-to-Tax- und Switch-Over-Rule.	95
V. Abschließende Bewertung aus Sicht der deutschen Industrie	96

E. Richtlinievorschlag der EU-Kommission zur Schaffung eines Rahmens für die Unternehmensbesteuerung in Europa (BEFIT)	98
I. Einleitung	98
II. Hintergrund des aktuellen Richtlinievorschlags.	99
III. Richtlinievorschlag vom 12.9.2023	99
1. Zielsetzung	99
2. Anwendungsbereich	99
3. Regeln für die Berechnung der steuerlichen Bemessungsgrundlage	100
4. Verfahrensrechtliche Aspekte	100
IV. Ausblick und Bewertung	101
 Zweiter Teil: Neuregelungen ab 2024 und weitere geplante Rechtsänderungen	103
A. Unternehmensbesteuerung	105
I. Bilanzierung	105
1. Taxonomien für E-Bilanz	105
2. Bewertung von Einlagen	105
3. Höchstgrenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter	105
4. Sammelpostenregelung	105
5. Degrессive Abschreibung	105
6. Sonderabschreibung nach § 7g EStG	106
II. Gewinnermittlung.	106
1. Freigrenze für Geschenke.	106
2. Zinsschranke.	106
a) Änderung des Zinsbegriffs.	106
b) Änderungen beim EBITDA- und Zinsvortrag	107
c) Modifizierung der Ausschlussgründe	107
3. Bewertung der Privatnutzung eines Firmenfahrzeugs	108
4. Ausweitung des steuerlichen Verlustrücktrags.	108
5. Temporäre Modifizierung der Mindestbesteuerung.	109
III. Klimaschutz-Investitionsprämie.	109
1. Anspruchsberechtigte	109
2. Begünstigte Investitionen.	109
3. Höhe der Investitionsprämie	110
4. Ertragsteuerliche Behandlung der Prämie	110
5. EU-rechtliche Aspekte.	110
IV. Forschungszulage.	111
1. Ausweitung der förderfähigen Aufwendungen	111
2. Höhe der Forschungszulage	111
3. Leistung der Forschungszulage	112

	Seite
V. Personengesellschaften	112
1. Thesaurierungsbegünstigung.	112
a) Erhöhung des Begünstigungsvolumens.	112
b) Verschärfung der Fälle der Nachversteuerung	112
c) Erweiterung der Fortführung eines nachversteuerungspflichtigen Betrags	112
d) Verzinsung bei Nutzung der Thesaurierungsbegünstigung.	113
2. Option zur Körperschaftsbesteuerung	113
a) Ausdehnung des persönlichen Anwendungsbereichs	113
b) Erstmalige Optionsausübung	113
c) Unschädliche Zurückbehaltung der Anteile an Komplementärin	113
d) Zufluss von Gewinnanteilen erst bei tatsächlicher Entnahme	113
VI. Umwandlungssteuer – Nachspaltungsveräußerungssperre	114
VII. Sonstige Themen der Unternehmensbesteuerung	114
1. Anpassungen der Steuergesetze an das MoPeG	114
a) Definition rechtsfähiger und nicht rechtsfähiger Personenvereinigungen	115
b) Zurechnung von Wirtschaftsgütern	115
c) Grunderwerbsteuerliche Regelung	115
d) Erbschaftsteuerliche Regelung	115
2. Einführung einer Mitteilungspflicht für innerstaatliche Steuergestaltungen	115
a) Mitteilungspflichtige Gestaltung	116
b) Persönliche Mitteilungspflicht	116
c) Meldeverfahren	116
d) Angaben in der Steuererklärung	117
e) Sanktionen bei Verstößen	117
3. Anhebung der Buchführungspflichtgrenze	117
4. Ausländische Körperschaft als Steuerschuldner	117
5. Digitalisierung des Spendenverfahrens	118
6. Internationale Prüfungsverfahren	118
a) Einführung eines internationalen Risikobewertungsverfahrens	118
b) Besondere Formen der Amtshilfe	119
aa) Gemeinsame Prüfung innerhalb der EU	119
bb) Gleichzeitige Prüfung innerhalb der EU	119
cc) Anwendung im Verhältnis zu Drittstaaten	119
B. Arbeitnehmerbesteuerung	119
I. Lohnversteuerung	119
1. Betriebsveranstaltungen	119
2. Anhebung des steuerlichen Freibetrags für Mitarbeiterkapitalbeteiligungen	120

	Seite
3. Ausweitung der aufschiebenden Besteuerung bei Mitarbeiterkapitalbeteiligungen	120
a) Erweiterung des Anwendungsbereichs	120
b) Verschiebung des finalen Besteuerungszeitpunkts	120
c) Besteuerung im Fall von sog. Leaver-Events	121
d) Einführung einer optionalen Haftungsregelung	121
4. Sachbezugswerte für unentgeltliche oder verbilligte Mahlzeiten	121
5. Wegfall der Fünftelungsregelung beim Lohnsteuerabzug	121
6. Pauschalbesteuerung von Beiträgen zur Gruppenunfallversicherung	121
II. Werbungskosten.	122
1. Reisekosten bei Auslandsdienstreisen.	122
2. Verpflegungspauschalen.	122
3. Pauschbetrag für Berufskraftfahrer	122
III. Beschränkte Steuerpflicht	122
C. Umsatzsteuer	123
I. Einführung der verpflichtenden eRechnung in Deutschland	123
II. Vereinfachungen und Erleichterungen	124
1. Vereinfachungsregelung zur Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers.	124
2. Befreiung von der Abgabepflicht von Umsatzsteuer-Voranmeldungen.	124
3. Erleichterungen bei der Kleinunternehmerregelung	124
4. Anhebung der Ist-Versteuerungsgrenze	124
D. Internationales Steuerrecht	124
I. Einführung einer globalen Mindeststeuer	124
1. Persönlicher Anwendungsbereich und Erstanwendung	125
2. Grundzüge der Mindeststeuer	126
a) Besteuerungsverfahren	126
aa) Mindeststeuergruppe	126
bb) Steuerschuldner	126
cc) Steuerentstehung	127
b) Ermittlung des effektiven Steuersatzes	127
aa) Mindeststeuer-Gewinn bzw. Mindeststeuer-Verlust	127
bb) Angepasste erfasste Steuern	129
cc) Effektiver Steuersatz	130
c) Ermittlung des Steuererhöhungsbetrags	130
d) Primärergänzungssteuerregelung	131
e) Sekundärergänzungssteuerregelung	132
f) Anerkannte nationale Ergänzungssteuer	132
3. Erleichterungen von der Mindeststeuer	133
a) Permanente Erleichterungen	133
aa) Safe-Harbour-Regelung für vereinfachte Berechnungen	133

	Seite
bb) Safe-Harbour-Regelung bei anerkannter nationaler Ergänzungsteuer.	133
cc) Wesentlichkeitsgrenze für kleine Geschäftseinheiten	134
b) Befristete Erleichterungen.	134
aa) Übergangsregelung bei untergeordneter internationaler Tätigkeit	134
bb) CbCR-Safe-Harbour-Regelung	135
cc) Sekundärergänzungssteuerbetrag-Safe-Harbour-Regelung	135
4. Erklärungs- und Berichtspflichten	136
a) Mindeststeuererklärung.	136
b) Mindeststeuer-Bericht	136
II. Änderungen im Außensteuerrecht	137
1. Niedrigsteuerschwelle in der Hinzurechnungsbesteuerung	137
2. Wegfall der Stundung der Wegzugssteuer in Altfällen.	137
III. Verrechnungspreise	138
1. Änderungen bei der Vorlage von Verrechnungspreisdokumentationen	138
2. Finanzierungsbeziehungen	138
3. Vereinfachte Preisbildung für Routinevertriebstätigkeiten	139
IV. Quellensteuer – Freigrenze bei Rechteüberlassungen.	140
V. Offenlegung von Ertragsteuerinformationen	140
VI. Informationsaustausch zu Kryptowerten	140
E. Immobilienbesteuerung	141
I. Gebäudeabschreibung.	141
1. Neue degressive Abschreibung für Wohngebäude	141
2. Sonderabschreibung für Mietwohnungsneubau.	142
II. Für Steuerbegünstigungen unschädliche Einnahmen aus Strom.	142
1. Körperschaftsteuerbefreiung von Wohnungsgenossenschaften und -vereinen.	142
2. Erweiterte gewerbesteuerliche Grundstückskürzung.	142
F. Besteuerung von Privatpersonen	142
I. Überschusseinkünfte	142
1. Freigrenze bei Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung.	142
2. Vermeidung einer doppelten Besteuerung von Renten	143
3. Anhebung der Freigrenze für sonstige Einkünfte	143
4. Verzicht auf die Besteuerung der Dezemberhilfe 2022.	143
5. Anhebung der Einkünftegrenze für Aufbewahrungspflichten	143
II. Einkommensteuertarif.	144
1. Grundfreibetrag	144
2. Tarifeckwerte.	144
III. Solidaritätszuschlag	144

	Seite
G. Wirtschaftsprüfung	144
I. Jahres- und Konzernabschlussprüfung: Anhebung der Schwellenwerte für die Größenklassen von Unternehmen und Konzernen	144
II. Ertragsteuerinformationsbericht: Public Country by Country Reporting	146
1. Entwicklung	146
2. Betroffene Unternehmen	147
3. Inhalt des Ertragsteuerinformationsberichts	147
4. Berichtszeitraum und Offenlegung	148
5. Prüfung	148
6. Sanktionen	149
III. Verpflichtende Nachhaltigkeitsberichterstattung	149
1. Corporate Sustainability Reporting Directive	149
a) Hintergrund	149
b) Zeitplan der Umsetzung und Anwendungsbereich	150
c) Inhaltliche Vorgaben für die Berichterstattung	151
d) Vorgaben der CSRD	151
e) Zusammenspiel zwischen CSRD und EU-Taxonomie	152
f) Offenlegung und Prüfungspflicht	152
g) Überführung in nationales Recht	152
2. Delegierter Rechtsakt zu den European Sustainability Reporting Standards	153
a) Hintergrund	153
b) Entwicklung	153
c) Überblick über die Standards	154
aa) Sektoragnostische Standards	154
bb) Sektorspezifische Standards	154
cc) Unternehmensspezifische Standards	156
d) Ausblick auf weitere Standards und Leitlinien	157
e) Die Standards im Einzelnen	157
aa) Übergreifender Standard ESRS 1 „Allgemeine Anforderungen“	157
(1) Überblick	157
(2) Berichtszeitraum	158
(3) Struktur der Nachhaltigkeitserklärung	158
(4) Übergangsregelungen	158
bb) Übergreifender Standard ESRS 2 „Allgemeine Angaben“	159
(1) Abgrenzung zu ESRS 1	159
(2) Definition einer klaren Zielsetzung	159
cc) Thematische Standards	160
(1) ESRS E1 – Klimawandel	161
(2) ESRS E2 – Umweltverschmutzung	161
(3) ESRS E3 – Wasser- und Meeressressourcen	161
(4) ESRS E4 – Biologische Vielfalt und Ökosysteme	161
(5) ESRS E5 – Kreislaufwirtschaft	161

	Seite
(6) ESRS S1 – Eigene Belegschaft	162
(7) ESRS S2 – Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette	162
(8) ESRS S3 – Betroffene Gemeinschaften	162
(9) ESRS S4 – Verbraucher und Endnutzer	162
(10) ESRS G1 – Unternehmenspolitik.	163
IV. Internationale Rechnungslegung	163
1. Noch nicht angewendete neue bzw. geänderte Standards und Interpretationen (IAS 8.30)	163
a) Einführung.	163
b) Überblick über die Änderungen im Einzelnen	164
aa) Änderungen an IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“ – Klassifizierung von Schulden als kurz- oder langfristig	164
bb) Änderungen an IAS 7 „Kapitalflussrechnung“ und IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“: Lieferantenfinanzierungsvereinbarungen.	165
cc) Änderungen an IFRS 16 „Leasingverhältnisse“: Leasingverbindlichkeit bei Sale-and-leaseback Transaktionen.	166
dd) Änderungen an IAS 21: „Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse“ – Mangel an Umtauschbarkeit.	166
2. Prüfungsschwerpunkte der ESMA und BaFin	167
H. Wirtschaftsrecht	168
I. Gesellschaftsrecht	168
1. Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts	168
a) Gesetzgebungsverfahren	168
b) Reform der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	169
aa) GbR als Grundform aller Gesellschaften	169
bb) Rechtsfähige und nicht rechtsfähige GbR	169
cc) Öffentliches Register für die GbR	170
dd) Transparenzregister	171
ee) Aufgabe des Gesamthandsvermögens	171
ff) Beschlussfassung und Geschäftsführung	172
gg) Persönliche Haftung der Gesellschafter	172
hh) Ausscheiden eines Gesellschafters	172
ii) Auflösung und Liquidation der Gesellschaft	173
jj) Handlungs- und Unterlassungspflichten	173
kk) Grundbucheintragung	174
II) Anteilsübertragungen.	174
mm) Umwandlungen	174
c) Öffnung der GmbH & Co. KG für Freiberufler	174
d) Streitigkeiten über Gesellschafterbeschlüsse.	175
2. Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz: Weitere Verschärfungen beim Transparenzregister.	175

	Seite
3. Zukunftsfinanzierungsgesetz: Änderungen im Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht	176
a) Gesetzgebungsverfahren	176
b) Einführung elektronischer Aktien	176
c) Herabsetzung der Mindestmarktkapitalisierung für Börsengänge	177
d) Wiederzulassung von Mehrstimmrechtsaktien	177
e) Neue Rechtsform der Bösenmantelaktiengesellschaft als Pendant zur SPAC	177
f) Standardvertragsklauseln bei Finanzgeschäften	177
g) Erleichterte Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien	178
II. Kartellrecht: 11. GWB-Novelle	178
1. Gesetzgebungsverfahren	178
2. Neue Eingriffsbefugnisse des Bundeskartellamts	178
3. Erweiterte Anmeldepflicht von Zusammenschlüssen	179
4. Erleichterte Vorteilsabschöpfung	179
5. Durchsetzung des Digital Markets Act	179
III. Arbeitsrecht	180
1. Referentenentwurf zur Neufassung des Arbeitszeitgesetzes	180
2. Entgelttransparenz-Richtlinie	181
3. Gesetz zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes	182
4. Vierte Verordnung zur Anpassung des Mindestlohns	182
5. Sozialversicherungs-Rechengrößen-Verordnung 2024	183
IV. IT-Recht und Datenschutz	183
1. Cyber Resilience Act	183
a) Hintergrund	183
b) Produkte mit digitalen Elementen	184
c) Sanktionen	184
d) Weiterer Zeitplan	185
2. Legal AI Act	185
a) Hintergrund	185
b) Vorschlag der EU-Kommission zur Regulierung von KI	185
c) Weitere Schritte	187
V. Energierecht	187
1. Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an EU-Vorgaben	187
2. Energiesteuer/Stromsteuer	188
3. Kosten für CO ₂ -Zertifikate nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz	189
4. Energiepreisbremsen	189
5. Gebäudeenergiegesetz	189
a) Gesetzgebungsverfahren	189
b) Pflicht zum Einbau von klimaneutralen Heizungen	189
c) Verknüpfung mit der kommunalen Wärmeplanung	190
d) Lastenverteilung zwischen Vermietern und Mietern	191

	Seite
6. Solarpaket I	192
a) Mieterstrom und gemeinschaftliche Gebäudeversorgung	192
b) PV-Zubau auf Dachanlagen	193
c) Netzanschlüsse	193
d) Erleichterungen für „besondere“ PV-Anlagen.	193
e) Balkonkraftwerke.	193
f) Sonstiges.	194
 Dritter Teil: Entwicklungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung 2023.	 195
A. Unternehmensbesteuerung	197
I. Bilanzierung	197
1. Nutzungsdauer von Computerhardware und Software.	197
2. Verfassungsmäßigkeit des Abzinsungssatzes für unverzinsliche Verbindlichkeiten	197
3. Verpflichtungen aus einem Kundenkartenprogramm	197
4. Begrenzung der steuerlichen Rückstellungshöhe auf den handelsrechtlichen Betrag	198
5. Steuerschädlicher Vorbehalt bei einer Pensionszusage	198
6. Bewertung von Pensionsrückstellungen: Verfassungskonformität des Rechnungszinsfußes von 6 %	199
7. Bildung eines passiven Rechnungsabgrenzungspostens durch Schätzung	199
8. Genussrechtskapital	200
II. Gewinnermittlung.	201
1. Avalprovisionen als Schuldzinsen.	201
2. Kein Betriebsausgabenabzug für „Supersportwagen“	201
3. Betriebsausgabenabzugsverbot bei EG-Kartellgeldbuße	202
4. § 6b-Rücklage: Höhe des Gewinnzuschlags verfassungskonform.	202
5. Betriebsausgabenpauschale bei selbstständiger schriftstellerischer Tätigkeit	202
6. Rücknahme des Antrags auf ermäßigte Besteuerung nach § 34 Abs. 3 EStG	203
7. Betriebsaufgabe: Sofort- oder Zuflussbesteuerung bei Veräußerung von Wirtschaftsgütern	203
III. Personengesellschaften	203
1. § 6 Abs. 5 Satz 3 EStG teilweise verfassungswidrig.	203
2. Teilentgeltliche Übertragung eines Wirtschaftsguts auf bzw. von einer Personengesellschaft.	204
3. Vollentgeltliche Übertragung eines Wirtschaftsguts aus dem Privatvermögen in eine Personengesellschaft.	205
4. Negative Ergänzungsbilanzen bei Gesellschaftereintritt und -austritt	205

	Seite
5. Verlustnutzungsbeschränkung nach § 15a EStG	206
a) Erhöhung des Verlustausgleichsvolumens durch Einlage	206
b) Keine Anwendbarkeit des § 8c KStG auf verrechenbare Verluste nach § 15a EStG	206
6. Doppelstöckige Personengesellschaft: Ermittlung des gewerbesteuerlichen Gewinns bei Anteilsveräußerung	207
IV. Kapitalgesellschaften	207
1. Übergang vom Anrechnungs- zum Halbeinkünfteverfahren teilweise verfassungswidrig	207
2. Berechnung der Beteiligungsschwelle für Streubesitzdividenden	208
3. Verlustrücktrag bei unterjährigem schädlichen Beteiligungserwerb	208
4. Inkongruenter Vorabgewinnausschüttungsbeschluss	209
5. Entstehungszeitpunkt einer Anwartschaft auf den Bezug von GmbH-Anteilen	209
6. Gesellschafterfremdfinanzierung	210
a) Fremdübliche Verzinsung	210
b) Keine Abgeltungsteuer bei Gesellschafterfremdfinanzierung einer ausländischen Kapitalgesellschaft	211
7. Einlagenrückgewähr	211
8. Organschaft	212
a) Keine Organschaft bei gleichzeitiger atypisch stiller Gesellschaft	212
b) Organschaft im Fall der Insolvenz	213
c) EU-Rechtskonformität der organschaftlichen Bruttomethode	213
d) Keine Verrechnung vororganschaftlicher Verluste im Organkreis	214
e) Vororganschaftliche Mehrabführung bei unterlassener Teilwertabschreibung	214
f) Rückwirkende Einführung der Regelung zu vororganschaftlichen Mehrabführungen teilweise nichtig	215
V. Gewerbesteuer	215
1. Keine Bagatellgrenze bei der Aufwärtsabfärbung gewerblicher Einkünfte	215
2. Beginn der Gewerbesteuerpflicht	216
a) Einzelunternehmen mit Imbissbetrieb	216
b) Grundbesitzverwaltende Personengesellschaft	216
3. Hinzurechnung von Miet- und Pachtzinsen	217
a) Mieten für Mehrwegbehältnisse im Handel	217
b) Standplätze für mobile Verkaufsstände	217
c) Aufwendungen für Sponsoring	218
d) Wartungskosten bei Leasingverträgen	218
e) Aufwendungen für die Teilnahme an Fachmessen	219
f) Mietaufwendungen einer Kongressveranstalterin	219
g) Kurzfristig angemietete Räumlichkeiten für Mitarbeiter	220
h) Aufwendungen für Ferienimmobilien zur Weitervermietung	220
i) Keine vorläufigen Festsetzungen mehr	221

	Seite
4. Erweiterte Grundstückskürzung	221
a) Sondervergütungen an nicht gewerbesteuerpflichtige Mitunternehmer	221
b) Weitervermietungsmodell im Organkreis	222
c) Reinigungsleistungen im Wohneigentum des Gesellschafters	222
d) Komplementär-GmbH einer Zibragesellschaft ohne Vermögensbeteiligung	223
e) Unterjährige Veräußerung des letzten Grundstücks	223
f) Überlassung von Wohnungen an ukrainische Kriegsflüchtlinge	224
VI. Umwandlungssteuer	224
1. Relevanter Zeitpunkt des Bestehens einer Schachtelbeteiligung bei Anteiltausch	224
2. Verschmelzung	224
a) Abzugsverbot für Übernahmeverlust	224
b) Zuordnung von Kosten für den Vermögensübergang	225
3. Sperrfristverhaftete Anteile bei Formwechsel einer GmbH	225
VII. Sonstige Themen der Unternehmensbesteuerung	226
1. Höhe der Säumniszuschläge verfassungskonform	226
2. Verfassungsmäßigkeit des Zinssatzes der Aussetzungszinsen	227
3. Solidaritätszuschlag in 2020 und 2021 verfassungskonform	227
4. Forschungszulage: Aktualisierung des Anwendungsschreibens der Finanzverwaltung	228
5. Unterstützung der Erdbebenopfer in der Türkei und in Syrien	229
6. Unterstützungen von durch den Ukraine-Krieg Geschädigten	229
7. Übergangsregelung für die TSE Version 1	230
8. EU-Energiekrisenbeitrag	230
9. Melde- und weitere Pflichten für Plattformenbetreiber	231
a) Plattform	231
aa) Voraussetzungen	231
bb) Indirekter Leistungsaustausch	232
cc) Ausschlusskriterien	232
dd) Verbindliche Auskunft	232
b) Plattformbetreiber	233
aa) Definition des Plattformbetreibers	233
bb) Meldender Plattformbetreiber	233
cc) Ausnahmeregelungen	234
c) Anbieter	234
aa) Nutzer und Anbieter	234
bb) Meldepflichtiger Anbieter	234
d) Relevante Tätigkeiten	235
e) Meldepflicht des Plattformbetreibers	235
f) Sorgfalts- und sonstige Pflichten	236
g) Automatischer Informationsaustausch	237
h) Bußgelder und sonstige Maßnahmen bei Pflichtverstößen	237

	Seite
B. Arbeitnehmerbesteuerung	238
I. Lohnversteuerung	238
1. Arbeitgeberwerbung auf Privatfahrzeug des Arbeitnehmers	238
2. Zufluss von Arbeitslohn bei Wertguthaben („Mannheimer Modell“)	238
3. Fahrtenbuchmethode bei Schätzung des Treibstoffverbrauchs	238
4. Ankauf und Rücküberlassung eines Diensthands	239
5. Kurzfristige Beschäftigung	239
6. Erstattungsbeträge für Verdienstausfallentschädigungen	239
II. Werbungskosten.	240
1. Erste Tätigkeitsstätte unter Berücksichtigung von Bereitschaftszeiten	240
2. Definition des weiträumigen Tätigkeitsgebiets	241
3. Häusliches Arbeitszimmer	241
a) Gesetzliche Neuregelung.	241
b) Wohnraumanmietung durch mehrere Personen	242
4. Homeoffice-Pauschale.	242
5. Arbeitnehmer-Pauschbetrag	243
6. Stellplatzanmietung bei doppelter Haushaltsführung	243
7. Auslandsdienstreisen	243
C. Umsatzsteuer	244
I. Besteuerung der Umsätze	244
1. Zeitpunkt der Steuerentstehung	244
a) Umsatzsteuerliche Behandlung von Teilleistungen	244
b) Steuerentstehung mit Leistungsausführung bei späterer Vereinnahmung des Entgelts.	244
2. EuGH-Vorlage zur Besteuerung von Gutscheinen in Leistungsketten	245
3. Behandlung von Gebühren als durchlaufende Posten oder Leistungsentgelt	246
4. Elektronisch erbrachte Dienstleistungen	246
a) Dienstleistungskommission bei elektronisch erbrachten Leistungen .	246
b) Behandlung sog. Donations im Bereich von Video- bzw. Streaming-Plattformen	247
5. Umsatzsteuerliche Behandlung von Reihengeschäften	248
6. Umsatzsteuerliche Leistungen beim Ladevorgang von Elektrofahrzeugen	248
7. Aufteilungsgebot bei mitvermieteten Betriebsvorrichtungen	249
8. Keine Hin- und Rücklieferung dezentral verbrauchten Stroms	249
9. EuGH-Vorlage zur Wärmeabgabe von Biogasanlagen	250
10. Garantiezusagen eines Kfz-Händlers.	250
II. Vorsteuerabzug	251
1. Vorsteuerabzug beim Erwerb von Fahrzeugen	251
a) Kein Vorsteuerabzug aus dem Erwerb von zum Verkauf bestimmten Luxusfahrzeugen	251
b) Pkw-Überlassung im Rahmen des sog. Ehegattenvorschaltmodells. .	251

	Seite
2. Keine Mitteilung der Zuordnungsentscheidung bei gemischt-genutzten Gegenständen erforderlich	252
3. Unternehmereigenschaft und Vorsteuerabzug bei Forschungseinrichtungen	252
4. Vorsteuerabzug bei Betriebsveranstaltungen.	253
5. Vorsteuerabzug einer geschäftsleitenden Holding	253
III. Steuersatz	254
1. Verlängerung des ermäßigte Umsatzsteuersatzes für Restaurations- und Verpflegungsleistungen und bei Gas-/Wärmelieferungen	254
2. Nullsteuersatz für Umsätze im Zusammenhang mit bestimmten Photovoltaikanlagen	254
3. Vermietung von Wohncontainern an Arbeitnehmer.	255
4. Bedeutung der zollrechtlichen Einordnung für die Anwendung des ermäßigte Steuersatzes	255
a) Ermäßiger Steuersatz für die Lieferung von Holzhackschnitzeln trotz fehlender zolltariflicher Einordnung	255
b) Umsatzsteuersatzermäßigung für Werbelebensmittel.	256
IV. Organschaft	256
1. Erneute EuGH-Vorlage des V. Senats zur deutschen Organschaftsregelung.	256
2. Personengesellschaft als umsatzsteuerliche Organgesellschaft.	257
3. Wirtschaftliche Eingliederung bei umsatzsteuerlicher Organschaft	258
4. Beendigung der umsatzsteuerlichen Organschaft in Insolvenzfällen	258
V. Sonstige umsatzsteuerliche Themen	259
1. Ordnungsgemäße Rechnung bei innergemeinschaftlichen Dreiecksgeschäften	259
2. Unberechtigter und unrichtiger Steuerausweis	259
a) Steuerschuld für zu Unrecht ausgewiesene Umsatzsteuer	259
b) Unrichtiger und unberechtigter Steuerausweis bei Ausweis eines negativen Umsatzsteuerbetrags	260
3. Vorabentscheidungsersuchen zum Direktanspruch im Umsatzsteuerverfahren	260
a) Direktanspruch im Umsatzsteuerverfahren in grenzüberschreitenden Fällen	260
b) Umsatzsteuerlicher Direktanspruch bei zivilrechtlicher Verjährungseinrede	261
4. Bruchteilsgemeinschaft kein umsatzsteuerlicher Unternehmer.	261
5. Unternehmereigenschaft einer Gemeinde bei defizitärem Handeln gefährdet.	262
6. Marginbesteuerung von Reiseleistungen	263
a) Weiterverkauf von Hotelkontingenten	263
b) Verlängerung der Nichtbeanstandungsregelung bei Reiseleistungen von Drittlandsunternehmen	264

	Seite
7. Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers bei der Übertragung von Emissionszertifikaten	264
8. Spenden für technische Hilfe zur Reparatur kriegsgeschädigter Infrastruktur in der Ukraine	264
D. Internationales Steuerrecht	265
I. Doppelbesteuerungsabkommen	265
1. Stand der DBA	265
2. Bedeutung des OECD-Musterkommentars für die DBA-Auslegung	265
3. Abzug finaler ausländischer Betriebsstättenverluste.	266
II. Außensteuerrecht	267
1. „Passive Entstrickung“ bei Immobilienvermögen in Spanien	267
2. Wegfall der Wegzugsbesteuerung bei vorübergehender Abwesenheit	267
3. Hinzurechnungsbesteuerung: Verfassungs- und unionsrechtliche Zweifel an der Niedrigsteuerschwelle	268
III. Quellensteuerabzug	269
1. Registerfälle	269
2. Anrechnung ausländischer Quellensteuer	269
a) Berechnung ausländischer Einkünfte	269
b) Anrechnungshöchstbetrag	270
IV. Verlagerung der Buchführung ins Ausland	270
V. Mitteilungspflichten	271
1. Mitteilungspflichten bei Auslandsbeziehungen	271
2. Mitteilung von grenzüberschreitenden Steuergestaltungen	271
a) Umfang der Mitteilungspflicht	271
b) Vereinbarkeit mit den EU-Grundrechten	271
VI. Inländischer Wohnsitz bei wiederholtem Auslandsaufenthalt	272
VII. Grenzüberschreitend tätige Arbeitnehmer	273
1. Auslandstätigkeitserlass	273
2. Luxemburg: Grenzgängerregelung bei „remote work“	273
3. Schweiz: Tätigkeitsortfiktion für leitende Angestellte	274
4. Vorsorgeaufwendungen	274
a) Drittstaatentätigkeit	274
b) EU-grenzüberschreitende Tätigkeit	275
E. Immobilienbesteuerung	275
I. Gewinnbesteuerung	275
1. Lineare Abschreibung für Wohngebäude	275
2. Gebäudeabschreibung nach der kürzeren tatsächlichen Nutzungsdauer	276
3. Sonderabschreibung für Mietwohnungsneubau	276
4. Mieterabfindungen: Keine anschaffungsnahen Herstellungskosten	277
5. Erhaltungsrücklage bei Eigentumswohnungen	277

	Seite
II. Grunderwerbsteuer	278
1. Zurechnung von Grundstücken in mehrstöckigen Gesellschaftsstrukturen	278
a) Zurechnungserlasse	278
b) Zurechnung auch zur Obergesellschaft	278
c) Zurechnung bei Vereinbarungstreuhand	279
2. Auseinanderfallen von Signing und Closing	279
3. Konzernklausel: Herrschendes Unternehmen bei mehrstufigen Beteiligungen.	280
4. Gegenleistung	281
a) Leistungen Dritter	281
b) Verbilligte Wohnraumüberlassung	281
5. Rückgängigmachung eines Grundstückserwerbs	282
a) Voraussetzung der Nichtfestsetzung von Grunderwerbsteuer	282
b) Verletzung der Anzeigepflicht	282
III. Verfassungskonformität der Grundsteuermodelle.	283
1. Bayerisches Grundsteuermodell verfassungsgemäß	283
2. Aussetzung der Vollziehung von Grundsteuerwertbescheiden nach dem Bundesmodell	283
F. Erbschaftsteuer	284
I. Schenkung	284
1. Bedarfsabfindung im Scheidungsfall	284
2. Disquotale Einlage in ungebundene Kapitalrücklage einer KGaA	285
II. Nicht als Betriebsvermögen begünstigtes Verwaltungsvermögen	285
1. An Dritte überlassene Grundstücke	285
a) Im Rahmen einer Betriebsaufspaltung überlassenes Grundstück	285
b) Im Rahmen einer Betriebsverpachtung überlassene Grundstücke	286
c) Grundstücksüberlassung zur Absatzförderung	286
2. Geleistete Anzahlungen	287
III. Rückwirkende Anwendung von §§ 13a und 13b ErbStG ab dem 1.7.2016	287
IV. Nachlassverbindlichkeiten – Einkommensteuer auf durch Erben rückwirkend erklärte Betriebsaufgabe	288
V. Erbschaftsteuerliche Freibeträge bei Enkeln und Urenkeln	288
VI. Ausschluss der Erbschaftsteuerbefreiung bei Mietwohngrundstücken in Drittstaaten unionsrechtswidrig.	289
VII. Beschränkte Erbschaftsteuerpflicht	289
1. Keine beschränkte Steuerpflicht bei Erwerb eines inländischen Grundstücks durch Vermächtnis	289
2. Nachlassverbindlichkeiten bei beschränkter Steuerpflicht	290
VIII. DBA Schweden nach Abschaffung der schwedischen Schenkungsteuer	290
IX. Grundstücksbewertung	291
1. Änderungen für Bewertungen nach dem 31.12.2022	291
a) Anpassung an die Immobilienwertermittlungsverordnung	291

	Seite
b) Änderungen im Ertragswertverfahren	291
c) Änderungen im Sachwertverfahren	292
2. Nachweis des niedrigen gemeinen Werts für Grundstücksbewertungen	292
3. Selbstständige Bewertung eines Nießbrauch- oder Wohnrechts an einem Grundstück	293
G. Besteuerung von Privatpersonen	294
I. Einkünfte aus Kapitalvermögen.	294
1. Sparerpauschbetrag	294
2. Basiszins zur Berechnung der Vorabpauschale für 2023.	294
3. Berücksichtigung von Verlusten bei Wirecard-Aktionären	294
4. Zurückgezahlte Erstattungszinsen als negative Einnahmen aus Kapitalvermögen	295
5. Erstattungszinsen auf Steuererstattungen	295
6. Beteiligung an einer US-Corporation als Fall des § 17 EStG	296
II. Private Veräußerungsvorgänge.	296
1. Gewinne aus der Veräußerung von Kryptowährungen	296
2. Auf kurzzeitig vermietete Räume entfallender Veräußerungsgewinn.	297
III. Persönliche Abzüge	297
1. Sonderausgabenabzug von Altersvorsorgeaufwendungen	297
2. Ausbildungsfreibetrag	297
3. Entlastungsbetrag für Alleinstehende	297
4. Versorgungsausgleich und Ausgleichsleistungen im Scheidungsfall.	297
5. Haushaltsnahe Dienstleistungen und Handwerkerleistungen bei Mietern	298
IV. Familienleistungen	298
1. Kinderfreibetrag	298
2. Kindergeld	299
3. Steuerliche Berücksichtigung eines in Australien studierenden Kindes .	299
V. Solidaritätszuschlag	299
VI. Aufbau eines direkten Auszahlungsweges für öffentliche Leistungen.	299
H. Wirtschaftsprüfung	300
I. Rechnungslegung: Berücksichtigung der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen und Auswirkungen der Unsicherheiten von Prognosen	300
1. Schwächephase der deutschen Wirtschaft	300
2. Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	301
3. Finanzanlagevermögen	302
4. Vorratsvermögen.	302
5. Forderungen	303
6. Latente Steuern	303
7. Rückstellungen	304
8. Pensionsrückstellungen	304

	Seite
9. Anhang	305
10. Lagebericht	306
II. Jahresabschluss: Berücksichtigung von Treuhandverhältnissen und ähnlichen Rechtsgeschäften	306
1. Ziele des Praxishinweises des IDW	306
2. Begriffe „Treuhandverhältnis“ und „ähnliche Rechtsgeschäfte“	306
3. Grundzüge der handelsbilanziellen Abbildung von Treuhandverhältnissen und ähnlichen Rechtsgeschäften	307
4. Ausgewählte Treuhandverhältnisse und ähnliche Rechtsgeschäfte	308
a) Verwaltungstreuhand	309
aa) Einkaufskommission	309
bb) Verkaufskommission	309
cc) Konsignations- bzw. Kommissionslagerverträge	309
b) Sicherungstreuhand	310
aa) Sicherungsübereignung	310
bb) Eigentumsvorbehalt	310
cc) Echte und unechte Pensionsgeschäfte	311
III. Konzernabschluss: Änderungen im Bereich Konzernkapitalflussrechnung und im Bereich Konzernlagebericht	312
IV. Nachhaltigkeitsberichterstattung	313
1. Berichterstattung zur Konformität im Rahmen der EU-Taxonomie-Verordnung	313
a) Hintergrund	313
b) Nicht-Finanzunternehmen	313
c) Finanzunternehmen	314
d) Berichterstattung von Nicht-Finanzunternehmen für Veröffentlichungen ab dem 1.1.2024	314
aa) Technische Bewertungskriterien	315
bb) Einhaltung des Mindestschutzes	315
cc) Berechnung der wichtigsten Leistungsindikatoren (KPI)	316
dd) Offenlegung	316
ee) Weitere vier Umweltziele	317
(1) Nicht-Finanzunternehmen	317
(2) Berichterstattung Finanzunternehmen	317
2. Zusammenspiel zwischen EU-Taxonomie und Corporate Sustainability Reporting Directive	317
V. Internationale Rechnungslegung	317
1. Überblick zu den Angabepflichten in einem EU-IFRS-Konzernabschluss zum 31.12.2023	317
2. Auswirkungen neuer bzw. geänderter Standards oder Interpretationen (IAS 8.28)	318
a) Allgemein	318
b) Überblick über die Änderungen im Einzelnen	319
aa) Änderungen an IAS 1 und IFRS Practice Statement 2: Offenlegung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	319

	Seite
bb) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler.	319
cc) Änderungen an IAS 12: Ertragsteuern – Latente Steuern	320
dd) IFRS 17 „Versicherungsverträge“ und Änderungen an IFRS 17	321
VI. Energiewirtschaft	321
1. Handelsrechtliche Bilanzierung im Zusammenhang mit den Energiepreisbremsen.	321
a) Strompreisbremsengesetz und Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz.	321
b) Bilanzielle Abbildung der Energiepreisbremsen	322
aa) Entlastungsmechanismus	322
bb) Ausweis in der (Konzern-)Gewinn- und Verlustrechnung	323
(1) Umsatzrealisierung.	323
(2) Ausweis in der (Konzern-)Bilanz	323
2. Bilanzielle Fragen im Hinblick auf die Überschusserlösabschöpfung.	323
a) Mechanismus der Überschusserlösabschöpfung.	323
b) Bilanzierung bei den Verteilernetzbetreibern	324
aa) Ausweis in der (Konzern-)Gewinn- und Verlustrechnung	324
bb) Ausweis in der (Konzern-)Bilanz.	325
c) Bilanzierung bei den stromerzeugenden Anlagenbetreibern	325
aa) Ausweis in der (Konzern-)Gewinn- und Verlustrechnung	325
bb) Ausweis in der (Konzern-)Bilanz.	325
3. Prüfpflichten im Rahmen der Energiepreisbremse.	326
a) Allgemeine Nachweis- und Prüfpflichten	326
aa) Zusätzliche Prüfungs- und Nachweispflichten bei Entlastung von mehr als 4 Mio. Euro – Verfahren vor der Prüfbehörde	327
bb) Besondere Betroffenheit von hohen Energiepreisen	327
cc) Energieintensive Unternehmen	328
dd) Besonders von hohen Energiepreisen betroffene Sektoren und Teilsektoren nach EU-Vorgaben	329
ee) Nachweis der auf den Letztabbraucher anzuwendenden absoluten und relativen Höchstgrenze bei Förderung von mehr als 4 Mio. Euro	329
ff) Nachweispflichten von Unternehmen bei einer Entlastung von mehr als 2 Mio. Euro.	329
(1) Meldepflichten gegenüber dem Energieversorger.	329
(2) Nachweispflichten gegenüber der Prüfbehörde	330
b) Angaben im Zusammenhang mit Transparenzpflichten auf EU-Ebene	331
4. Begrenzung von kalkulatorischen Nutzungsdauern neuer Erdgasleitungsinfrastrukturen.	331
a) Hintergrund	331
b) Auswirkungen auf handelsrechtliche Jahres- und Konzernabschlüsse	331
c) Voraussetzungen zur Änderung eines Abschreibungsplans	333
d) Handelsbilanzielle Beurteilung.	334
e) Angaben im Jahresabschluss	334

	Seite
f) Angaben im Lagebericht	335
g) Kalkulatorische Auswirkungen und Korrelation zur handelsrechtlichen Bilanzierung	335
5. Festlegungen zur Eigenkapitalverzinsung für Strom- und Gasnetze rechtswidrig	336
a) Hintergrund	336
b) Entscheidung des OLG Düsseldorf	337
c) BNetzA bessert bei den Zinssätzen für Strom- und Gasnetze nach	337
6. Xgen Strom: BGH hebt Urteil des OLG Düsseldorf auf	339
I. Wirtschaftsrecht	340
I. Zivilrecht	340
1. Gesetz zur Umsetzung der EU-Verbandsklagenrichtlinie	340
a) Gesetzgebungsverfahren	340
b) Zwei Arten von Verbandsklagen	340
c) Neue Abhilfeklage	341
2. Bestimmtheitsanforderungen an die Übereignung von Sachgesamtheiten im Rahmen eines Asset Deals	342
3. Unternehmerischer Geschäftsverkehr: Zugang einer E-Mail	342
4. Kein ordentliches Kündigungsrecht bei zusammen mit Darlehensvertrag geschlossenem Zinssatz-Swap-Vertrag	343
5. Pfändbarkeit der Energiepreispauschale	343
6. Keine Zahlungspflicht des Verbrauchers auch bei Widerruf nach Vertragserfüllung	344
7. Pflicht zur Zahlung von „Negativzinsen“ aus einem Schuldsscheindarlehen	344
8. Aufklärungspflichten von Immobilienverkäufern	345
9. Corona-Pandemie	346
a) Zweiter Lockdown: Leistungspflicht einer Betriebsschließungsversicherung	346
b) Anpassung der Miete von gewerblich genutzten Räumen in Pandemie-Zeiten	346
II. Gesellschaftsrecht	347
1. Allgemein	347
a) Gesetz zur Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie	347
aa) Gesetzgebungsverfahren	347
bb) Inhalte im Einzelnen	347
b) Unverzüglichkeit der Aufnahme einer Gesellschafterliste in das Handelsregister	349
c) Offenkundigkeit der Eintragungen im elektronischen Handelsregister	349
2. Gesellschaft bürgerlichen Rechts – Stimmverbot eines Gesellschafters bei Beschlussfassung	349
3. Kommanditgesellschaft	350
a) Haftung des Geschäftsführers einer geschäftsführenden Kommanditisten-GmbH	350

	Seite
b) Publikums-KG: Haftung von Gründungsgesellschaftern aus Vertriebsverantwortung	350
c) Zur Bestellung eines Ergänzungspflegers bei schenkweiser Übertragung eines Kommanditanteils an ein Kind	351
4. Gesellschaft mit beschränkter Haftung	352
a) Keine Entlastung des Geschäftsführers durch bloße Feststellung des Jahresabschlusses	352
b) Geschäftsführerhaftung bei Phishing-Angriff	352
c) Angabe des von einer GmbH übernommenen Gründungsaufwands im Gesellschaftsvertrag	352
d) Keine Eintragung eines Gewinnabführungsvertrags bei der Obergesellschaft	353
e) Verletzung der Neutralitätspflicht: Abberufung eines GmbH-Geschäftsführers	353
f) Vereinbarung einer variablen Geschäftsführer-Vergütung nur für die Dauer der Bestellung unwirksam	354
g) Anforderungen an die Wahl des richtigen Versammlungsorts einer GmbH	354
h) Zulässigkeit einer Beschlussfassung im Umlaufverfahren	355
5. Aktiengesellschaft	355
a) Selbstbestellung von Vorständen zu Geschäftsführern einer Tochter-GmbH unwirksam	355
b) Fehlende Vereinbarung der Bemessungskriterien einer erfolgsabhängigen Zusatzvergütung für einen Vorstand	356
6. Vereinsrecht	356
a) Gesetz zur Ermöglichung hybrider und virtueller Mitgliederversammlungen	356
b) Virtuelle Mitgliederversammlung: Regelungen in Vereinssatzung erforderlich	357
c) Herausgabe von Mitgliederlisten an Vereinsmitglied	357
7. Transparenzregister	357
a) Sanktionsdurchsetzungsgesetz II	357
aa) Verknüpfung des Immobilienbesitzes mit dem Transparenzregister	358
bb) Neue Mitteilungspflicht von Vereinigungen mit Sitz im Ausland mit Bestandsimmobilien in Deutschland	358
cc) Erweiterte Angaben zum fiktiv wirtschaftlich Berechtigten	358
dd) Eigentums- und Kontrollstrukturübersichten für Behörden und Verpflichtete	359
b) EU-Geldwäschereichtlinie teilweise rechtswidrig	359
III. Restrukturierung und Sanierung	360
1. Gerichtliche Überprüfung eines Restrukturierungsplans	360
2. Sofortige Beschwerde gegen Unternehmensrestrukturierungsplan	360
3. In Insolvenz fortgeführte Unternehmen: Kein Anspruch auf Corona-Soforthilfen	361
4. Maßgeblicher Zeitpunkt für Insolvenzanfechtung einer Lohnsteuerzahlung bei Lastschriftverfahren	361

	Seite
5. Haftung des Geschäftsführers für Zahlungen nach Eintritt der Insolvenzreife einer GmbH	361
6. Speicherung personenbezogener Daten über Restschuldbefreiung durch Wirtschaftsauskunfteien.	362
7. Energiesteuerschulden als Masseverbindlichkeiten	362
IV. Arbeitsrecht	363
1. Arbeitszeit	363
a) Zeiterfassungspflicht von Arbeitgebern.	363
aa) Rechtlicher Hintergrund.	363
bb) Auswirkungen auf flexible Arbeitszeitmodelle	364
b) Dienstliche SMS müssen in Freizeit nicht gelesen werden	364
c) Tägliche Ruhezeit unabhängig von wöchentlicher Ruhezeit	364
d) Verteilung der Arbeitszeit bei Teilzeittätigkeit	365
e) Arbeit auf Abruf: Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit.	365
2. Vergütungen	366
a) Lohngleichheit bei Teilzeitbeschäftigung	366
b) Entgeltgleichheit von Männern und Frauen	366
c) Gleichbehandlungsgrundsatz gilt auch bei variabler Vergütung	367
d) Unterschiedlich hohe Tarifzuschläge bei regelmäßiger und unregelmäßiger Nachtarbeit	368
3. Urlaubsansprüche	368
a) Hinweis auf drohenden Verfall von Urlaubsansprüchen	368
b) Urlaubsabgeltungsansprüche: Beginn der Verjährungsfrist	369
c) Verfall von Urlaubsansprüchen bei Langzeiterkrankungen	370
d) Urlaubsanspruch bei Altersteilzeit wegen Krankheit und Wechsel in die Freistellungsphase	371
e) Tilgung von Urlaubsansprüchen bei fehlender Tilgungsbestimmung des Arbeitgebers	371
4. Befristung von Arbeitsverhältnissen bei Tätigkeit in leitender Position	371
5. Beendigung von Arbeitsverhältnissen	372
a) Beginn des Kündigungsverbots für schwangere Arbeitnehmerinnen .	372
b) Widersprüchliches Arbeitgeberverhalten: Fristlose Kündigung und Annahmeverzugslohn	372
c) Fehler im Massenentlassungsanzeigeverfahren: Aussetzung der Überprüfung des Sanktionssystems	373
d) Information an Behörden über Massenentlassung vermittelt keinen Individualschutz der Arbeitnehmer	373
6. Entsendung von Arbeitnehmern	374
a) Grenzüberschreitendes Entsenderecht im Straßenverkehr	374
b) Versetzung von Mitarbeitern ins Ausland	374
c) Vorübergehende Auslandsentsendung: Hypotax-Verfahren bei tarifvertraglich vorgesehener Bruttovergütung	375
7. Sonstiges Arbeitsrecht	375
a) Erstattung nachentrichteter Lohnsteuer durch den Arbeitnehmer	375
b) Betriebliche Altersvorsorge: Unwirksamer Kapitalabfindungsvorbehalt mangels Wertgleichheit	376

	Seite
c) Teilzeit: Endgehältsbezogene Betriebsrente	376
d) Zusatzvereinbarung über Tätigkeit im Homeoffice gesondert kündbar	377
e) Arbeitnehmer muss Provision für Personalvermittlung nicht erstatten	377
f) Unangemessene Benachteiligung eines Arbeitnehmers durch zu hohe Vertragsstrafe in AGB	377
g) Grundsätzlich kein Verwertungsverbot bei offener Videoüberwachung	378
h) Erschütterung des Beweiswerts einer Krankschreibung	378
i) Mindestlohn: Keine persönliche Haftung von GmbH-Geschäftsführern	379
j) Leiharbeit: Abweichung durch Tarifvertrag vom equal-pay-Grundsatz wirksam	379
8. Mitbestimmung	380
a) Gesetz zur Umsetzung der Bestimmungen der Umwandlungsrichtlinie über die Arbeitnehmermitbestimmung	380
b) Unterbliebene innerbetriebliche Stellenausschreibung	380
9. Sozialversicherung	381
a) Gesetz zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige	381
b) Gesetz zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege	381
c) Achtes SGB IV-Änderungsgesetz	383
d) Zusatzleistungen als beitragspflichtiges Arbeitsentgelt	384
e) Aufhebung eines Statusfeststellungsbescheids bei wesentlicher Änderung der Verhältnisse	384
f) Teilnahme an Firmenlauf: Kein Unfallversicherungsschutz	384
g) Arbeitsunfall auch im Pausenbereich „beim Luftschnappen“ möglich	385
V. IT-Recht und Datenschutz	385
1. Kein Auskunftsanspruch eines Insolvenzverwalters gegenüber Steuerbehörden zu Schuldnerdaten	385
2. Offenlegung der Empfänger von weitergegebenen Daten	386
3. Verschiedene DSGVO-Rechtsbehelfe können nebeneinander eingelegt werden	386
4. Deutsche Regelung zum Arbeitnehmerdatenschutz nicht EU-rechtskonform?	387
5. EuGH-Vorlage zur Datenverarbeitung im Arbeitsverhältnis	388
6. Umfang des Rechts auf Kopie	389
7. Ersatz immateriellen Schadens ohne Erheblichkeitsschwelle	389
8. Vorlage eines zum Zwecke der Steuerprüfung erstellten Personalverzeichnisses als Beweismittel vor Gericht	390
VI. Environmental Social Governance	390
1. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz	390
a) Gesetzgebungsverfahren	390
b) Betroffene Unternehmen	390
c) Anwendungsbereich des Gesetzes	391
d) Lieferkette	391
e) Risikoanalyse	391

	Seite
f) Interne Verantwortlichkeiten	392
g) Präventions- und Abhilfemaßnahmen.	393
h) Dokumentation und Berichterstattung	393
i) Kontrollen und Sanktionen	394
j) Mögliche Verschärfungen aufgrund der EU Corporate Sustainability Due Diligence Directive	394
aa) Verfahrensstand	394
bb) Betroffene Unternehmen	395
cc) Sorgfaltspflichten nach dem CSDDD.	395
dd) Sanktionen	396
2. CO ₂ -Grenzausgleichsmechanismus: Die neuen CBAM-Berichtspflichten für Importeure	396
a) Einführung.	396
b) Ziele der CBAM-Verordnung.	396
c) Anwendungsbereich und Zeitplan	397
3. EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten	397
a) Einführung.	397
b) Ziele.	398
c) Anwendungsbereich und Sorgfaltspflichten.	398
4. Einwegkunststofffondsgesetz und -verordnung	399
a) Gesetzgebungsverfahren	399
b) Regelungen des Einwegkunststofffondsgesetzes.	399
c) Einwegkunststofffondsverordnung	400
5. Rechtmäßigkeit der Tübinger Verpackungssteuer	401
VII. Energierecht: Risiken und Problembereiche im Zusammenhang mit Energiepreisbremsen	402
1. Entlastungsmechanismus.	402
2. Problembereiche	403
a) Beihilferechtliche Obergrenzen.	403
b) Meldepflichten nach § 22 EWPBG und § 30 StromPBG.	403
c) Sachgerechte Datenerhebung und Abbildung der Energiepreisbremsen in Unternehmensplanungen.	403
VIII. Wirtschaftsstrafrecht: Hinweisgeberschutzgesetz	404
1. Gesetzgebungsverfahren	404
2. Implementierungsfristen für die Hinweisgebersysteme	404
3. Betroffene Unternehmen	404
4. Mögliche Hinweisgebersysteme	405
a) Interne Meldestellen	405
b) Externe Meldestellen	406
c) Vorrang interner Meldestellen.	406
5. Meldungen mit Whistleblower-Schutz.	406
6. Folgen einer Whistleblower-Meldung	407
7. Schutzwirkung für den Hinweisgeber	408
8. Handlungsbedarf	408

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Anhang	409
Steuerterminkalender 2024	411
Stichwortverzeichnis	413